

digkeit einer Parteiauflösung überzeugt. Der Übertritt der GVP-Politiker, zu denen neben Heinemann unter anderem Johannes Rau und Erhard Eppler gehörten, hatte langfristige Wirkungen. Die GVP leistete einen wichtigen Beitrag für die Aussöhnung zwischen Kirche und SPD und trug damit zur »Entkonfessionalisierung der Politik auch im oppositionellen Milieu« bei. (S. 407)

Müller gelingt es, eine Forschungslücke zu schließen. Das Buch basiert auf einem stark personalistischen Ansatz, strukturelle Fragen und Probleme wie z. B. Aufbau und Zusammensetzung der Partei bleiben dagegen unterbelichtet. *Dierk Hoffmann, München*

Wolfgang Schollwer, *Liberale Opposition gegen Adenauer. Aufzeichnungen 1957–1961*, hrsg. v. Monika Faßbender (= Biographische Quellen zur deutschen Geschichte nach 1945, Bd. 9), Oldenbourg Verlag, München 1990, 230 S., kart., 58 DM.

Nach dem »Potsdamer Tagebuch 1948–1950« (vgl. AfS XXX, 1990, S. 527 f.) hat Wolfgang Schollwer nun seine Aufzeichnungen aus den Jahren 1957 bis 1961 publizieren lassen. Dabei handelt es sich zwar nicht um eine originäre Quelle, doch versichert die Herausgeberin Monika Faßbender in ihrer Einleitung, Schollwers Text zeichne sich durch Authentizität aus. Die jetzt vorliegende Fassung entstand demnach 1974/75, als Schollwer »Tagebuchnotizen, Gesprächsaufzeichnungen und Aktenvermerke« in eine zusammenhängende Form brachte (S. 16). Schollwer vermied es, neu gewonnene Erkenntnisse ex post zu berücksichtigen. So findet beispielsweise der Globke-Plan (1959) keine Erwähnung. Verschiedene Fehldeutungen, etwa hinsichtlich der politischen Zukunft Adenauers nach den Bundestagswahlen 1961, wurden nicht aus dem Text getilgt.

Damit wird bereits deutlich, daß Schollwers Aufzeichnungen uns keinen Aufschluß über wesentliche Bonner Entscheidungsprozesse geben können, zumal Adenauer zwischen 1957 und 1961 mit einer absoluten Unionsmehrheit regieren konnte. Um so intensiver beleuchtet Schollwers Text die Vorgänge innerhalb der FDP in der Zeit, als die gesamte Partei in »liberale[r] Opposition gegen Adenauer« stand. Schollwer durchlief in diesen Jahren einen Entwicklungsprozeß. Aus dem Ostbüro der FDP kommend, galt er noch 1957 als deutschlandpolitischer »Hardliner«, der Adenauers »Politik der Stärke« gegenüber dem Osten unterstützte. Nicht zuletzt die Kontakte zu seinem Parteifreund und Vorgesetzten Josef Ungeheuer brachten ihn zu der Erkenntnis, daß neue Wege in der Ostpolitik beschritten werden mußten, wollte man dem Ziel der »Wiedervereinigung« näherkommen. Den »geläuterten Nationalisten« Schollwer (Klaus Hildebrand) lenkte die intellektuelle Auseinandersetzung in eine Richtung, die zu den Schollwer-Plänen der Jahre nach 1961 führte.

Die Aufzeichnungen setzen im Vorfeld der Bundestagswahlen 1957 ein und enden nach der Wahl von 1961. Zur Enttäuschung Schollwers erreichte die FDP 1957 »ganze 7,7 %«, war »dem Absturz ins Nichts also greifbar nahe« (S. 29). Das Zweiparteiensystem drohte. Doch vier Jahre später konnte Schollwer triumphieren: »12,7 % und 66 Sitze im kommenden Bundestag – ein Traumresultat!« (S. 163) Mit ausschlaggebend für diese Entwicklung war nach Schollwers Ansicht die Ausstrahlung des neuen Parteivorsitzenden Erich Mende. Obwohl Mende neben Wolfgang Döring maßgeblich an der Ablösung Schollwers als FDP-Pressesprecher durch Karl Moersch beteiligt war – Schollwer blieb Chefkomentator der »freien demokratischen korrespondenz« –, erfuhr er weniger Kritik als sein Vorgänger Reinhold Maier. Mende stand für ein Ende der »Zeit des neben der Geschichte Herlebens, der trügerischen Geruhsamkeit und der politischen Stagnation« (so Schollwer in einem Beitrag für die fdk am Tag nach der Wahl, S. 205). Freilich sah Schollwer in der Euphorie

der Wahlnacht die »Ära Adenauer«, »eine Epoche deutscher Nachkriegsgeschichte«, zwei Jahre zu früh enden. Auch der über eine große Zahl an Intimkenntnissen verfügende Schollwer mußte seine drei Wochen vor der Wahl gehegte Hoffnung aufgeben, eine weitere Kanzlerschaft Adenauers mit FDP-Unterstützung »bleibe uns [. . .] erspart« (S. 161).

Spiegelt sich im Tagebuch die Erwartung wider, die Ostpolitik Bonns beleben zu können, so wird in dem vorangestellten »Rückblick« Schollwers eine pessimistischere Sichtweise deutlich. Bereits 1956 sei »die deutsche Frage längst zugunsten einer langandauernden deutschen Zweistaatlichkeit entschieden« gewesen (S. 19). Adenauer trifft der Vorwurf des »Verzicht[s] auf jede aktive Osteuropa-Politik« (S. 20). Dabei werden die Moskau-Reise Adenauers (September 1955), die wiederholten Kontakte Fritz Schäffers mit dem stellvertretenden DDR-Innenminister Vincenz Müller (1955/56) – sie finden im Tagebuch durchaus Erwähnung – oder die Mission von Sonderbotschafter Rolf Lahr in der Sowjetunion (Juli 1957) nicht problematisiert. In Schollwers Rückschau hatte Adenauer mit der Entscheidung des Jahres 1957, die Bundeswehr atomar zu bewaffnen, die Wiedervereinigungschance endgültig vertan.

Schollwers Tagebucheintragungen offenbaren schon 1957 eine herbe Enttäuschung über die Politik der Regierung. Er spricht, im September 1957, von der »Verlogenheit christdemokratischer Deutschlandpolitik« und bezeichnet innerhalb der CDU vertretene Vorstellungen als »mit den nationalen Interessen unseres Volkes unvereinbar« (S. 28). Um so größer ist die Enttäuschung, als am 15. September 1957 dem »schrecklichen Vereinfacher« Adenauer der bislang größte Wahltriumph der CDU/CSU gelingt (S. 29). Zufrieden mit der Oppositionsrolle der FDP – ein Eintreten der Liberalen in die Regierungskoalition stand trotz der absoluten Unionsmehrheit zeitweilig zur Debatte – bezieht Schollwer nun klar Stellung. Er ist gegen die konsequente Umsetzung der Hallstein-Doktrin; den Abbruch der diplomatischen Beziehungen zu Jugoslawien (Oktober 1957) lehnt er ab. Mit dem »energie- wie einfalllosen Brentano auf dem Posten des Außenministers« sieht er eine Politik »garantiert [. . .], die uns immer weiter von der Einheit wegführen wird« (S. 33). Doch mit wachsendem Unbehagen muß Schollwer konstatieren, daß die FDP weiter an Boden verliert. Selbst vor massiver Wählerschelte schreckt er nicht zurück. So lautet der Kommentar zum enttäuschenden Ergebnis bei den nordrhein-westfälischen Landtagswahlen vom 16. Juli 1968 unzweideutig: »Ein Ereignis, das am Verstand der Wähler zweifeln läßt« (S. 52).

Wie sehr Schollwer auf den Einheitsgedanken fixiert ist, offenbart sein Kommentar zur historischen Begegnung Adenauers mit de Gaulle in Colombey-les-deux-Eglises. Es sei zu bezweifeln, daß sich de Gaulle »zum »Rechtsanwalt« des deutschen Wiedervereinigungsbegehrens gegenüber Moskau machen« werde (S. 57). Zu Beginn der Berlinkrise 1958/59 scheinen die zunehmenden deutschlandpolitischen Differenzen zwischen der Bundesrepublik und den USA Schollwer recht zu geben. Als Dulles die sog. »Agententheorie« verkündet und damit die Anerkennung von DDR-Hoheitsrechten im Transitverkehr in Aussicht stellt, befürchtet Schollwer das Zusammenbrechen der »westliche[n] Einheitsfront gegenüber dem Zonenregime« (S. 63). Träte dieser Fall ein, sei die Bundesregierung »selbst daran schuld: weil ihre Unbeweglichkeit den Westen in eine Sackgasse hineinmanövrierte« (S. 63).

Fast ein Jahr später, Ende 1959, bekundet Schollwer wieder größeren Optimismus. Die von der FDP »vertretenen Positionen in der Deutschland- und Ostpolitik« gewannen »deutlich an Boden« (S. 104). Deren Realisierung hätte zunächst ein Ende der Politik »voller Minderwertigkeitskomplexe gegenüber dem Osten« bedeutet (S. 104). Die Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit den Ostblockstaaten wäre eine Voraussetzung hierfür gewesen. Damit strebte Schollwer aber keineswegs die Preisgabe von elementaren deutschlandpolitischen Positionen an. Er bestand auf der »Einbettung des Berlin-Problems in die deutsche Frage« (S. 109). Adenauer war hingegen in Schollwers Augen im Begriff, auch die

letzten Chancen zur Wiederherstellung der deutschen Einheit zu verspielen. Am 17. Juni 1960 schrieb er in sein Tagebuch: »Die politische und wirtschaftliche Verschmelzung der Zone mit dem Ostblock und der Bundesrepublik mit der westeuropäischen Staatengemeinschaft macht eine friedliche Wiedervereinigung kaum noch vorstellbar. Die Gefahr besteht, daß die Feiern am 17. Juni mehr und mehr zu Ereignissen des nationalen Selbstbetrugs werden.« (S. 123)

Als 1961 Kennedy US-Präsident wurde, befürchtete Schollwer stärker denn je, Adenauer sei der Entwicklung der Ost-West-Politik nicht mehr gewachsen: »Wird ein Mann wie Adenauer zum Umdenken überhaupt noch fähig sein?« (S. 142) Er sieht sich bestätigt, als es am 13. August 1961 zum Bau der Berliner Mauer kommt. Der »völligen Ratlosigkeit des sonst so wortstarken Regierungschefs« setzt Schollwer erneut die Forderung einer »offensive[n] Deutschlandpolitik« entgegen (S. 159).

Immer wieder mußte Schollwer erkennen, daß die Deutschlandpolitik für das Wahlverhalten der Bundesbürger nicht ausschlaggebend war. Dies erklärt die wiederholte Kritik an den Entscheidungen der Wähler. Anders als Adenauer vereinfachte Schollwer nicht. Er analysierte, bewertete und konzipierte. Sein Streben galt der Einheit, doch glaubte er dieses Ziel nicht durch Gesprächsverweigerung gegenüber dem Osten erreichen zu können. Die Festigkeit der eigenen Position stand der grundsätzlichen Verhandlungsbereitschaft nicht im Wege. Dabei mag das Bewußtsein für die historische Verantwortung Deutschlands eine wesentliche Rolle gespielt haben. So wies Schollwer auch öffentlich »auf den unmittelbaren Zusammenhang zwischen der Dreiteilung unseres Vaterlandes und unserem Angriffskrieg gegen die UdSSR« hin (S. 152).

Schollwers deutschlandpolitische Überzeugungen prägten wesentlich seine Stellung innerhalb der FDP. Hier freilich überwogen vorsichtige Töne. Skepsis zeigte sich hinsichtlich der Kontakte zwischen FDP und der »SED-Satellitenpartei« LDP (S. 43). Nicht zuletzt diese Problematik hatte beim FDP-Parteivorsitzenden Reinhold Maier die Überlegung reifen lassen, außen- und deutschlandpolitische Fragen nicht in den Vordergrund der FDP-Politik zu stellen. Dies aber lehnte Schollwer entschieden ab. Gerade auf diesem Feld sah er Möglichkeiten zur Profilierung der Partei. Infolgedessen hielt er wenig von Bestrebungen, eine »gemeinsame Deutschlandpolitik« der Bonner Parteien zu begründen. Er argwöhnte, Maier wolle die FDP in eine Koalition mit der Union führen. Erst recht mißfielen ihm Maiers Sympathien für »rechte« Gruppen« wie den Gesamtdeutschen Block/BHE (S. 34). Verständlich ist daher, daß Schollwer den Verlust von »deutschnationalen Wähler[n]« der FDP nicht beklagte (S. 62).

Darüber hinaus erfahren wir manche Details, die das Bild von der damals herrschenden Atmosphäre erhellen. So hören wir von der Absicht des Verteidigungsministers, Schollwers Jahrgang 1922 zu Reserveübungen einzuberufen (S. 69 ff.), von der Debatte, ob die Grenzen vom 1. 1. 1937 oder diejenigen vom 31. 12. 1938 für Deutschland anzustreben seien (S. 69) und auch vom Streit über die Teilnahme deutscher Verbände an den – kommunistisch geprägten – Weltjugendspielen in Wien (S. 89). Hinzu kommen Informationen zur Biographie Schollwers, vor allem zu seiner Tätigkeit in der FDP-Pressestelle. Charakterisierungen von Persönlichkeiten seiner Umgebung bleiben jedoch immer recht blaß.

Die Tagebuchpublikation, angereichert durch eine ausführliche Einleitung der Herausgeberin und einen knappen Rückblick Schollwers aus der Perspektive des Jahres 1989, wird durch die Dokumentation einiger wichtiger Schriftstücke, vornehmlich aus der Feder von Schollwers selbst, ergänzt. Als vorbildlich sind der Anmerkungsapparat und die Kurzbiographien der im Tagebuch genannten Personen zu bezeichnen.

Zusammenfassend muß festgehalten werden, daß der Quellenwert der Schollwer-Aufzeichnungen durchaus begrenzt ist. Das Buch ist vor allem für die FDP-Parteienforschung und für die wissenschaftliche Auseinandersetzung mit der deutschlandpolitischen Diskussion der späten 50er und frühen 60er Jahre von Bedeutung. Es gibt zudem Aufschluß über

die Wirkungsmöglichkeiten der politischen Arbeit »grüblerischer Einzelgänger« (Arnulf Baring). Gespannt wird man auf einen dritten Teil der Tagebuchpublikationen warten, ist doch Schollwers Name heute in erster Linie mit den Plänen der Jahre nach 1961 verbunden.

*Ralf Forsbach, Siegburg*

Johann Friedrich Geist/Klaus Kürvers, *Das Berliner Mietshaus 1945–1989*, Prestel Verlag, München 1989, 623 S., kart., 118 DM.

Mit dem 1989 veröffentlichten dritten Band über »Das Berliner Mietshaus 1945–1989« von Johann Friedrich Geist und Klaus Kürvers wurde ein umfassendes Forschungsprojekt an der Hochschule der Künste in Berlin abgeschlossen. Auch im letzten Band behielten die Autoren ihre eingeschlagene Arbeitsweise bei. So kann man sich diesem anregenden, aber auch sperrigen und umfangreichen Werk nur suchend nähern. Die Sichtung der immensen Materialfülle führt, meist durch die parallele Darstellung von Quellenangaben auf der äußeren Spalte und der thematischen Entwicklung und Interpretation auf der inneren Spalte, in die Vielschichtigkeit der Berliner Mietshaus-Geschichte. Trotz intensiver Suche wird man nicht *die* Geschichte des Berliner Mietshauses vorfinden. Denn die Autoren wählten stets anregende, aber auch außergewöhnliche Beispiele (Wülcknitzsche Familienhäuser vor den Toren der Stadt, Bd. 1; Meyers-Hof in der Ackerstraße 132, Bd. 2; Wohnzelle in Friedrichshain, Bd. 3) für ihre Berliner Mietshausgeschichte. Durch diese Auswahl konnte aber mehr das Besondere als das Allgemeine des Berliner Mietshauses erklärt werden.

Die Intentionen der Autoren zur Aufarbeitung eines solch ausgedehnten Forschungsvorhabens scheinen in der Verlusterfahrung der Berliner Mietskaserne begründet. Infolge der Stadterneuerungsmaßnahmen, die in den 1970er Jahren als Kahlschlagsanierung ihren letzten Höhepunkt erreichten, fand eine Neubewertung der stigmatisierten Mietskaserne statt. Neben der Kritik an der Zerstörung gewachsener sozialer Räume, wurde dieser Mietshaustyp und seine flexible Nutzungsmöglichkeit differenzierter bewertet. Die Autoren vermeiden folglich auch konsequent die Bezeichnung Mietskaserne für diesen Mietshaus-Typus.

Wie bereits in den beiden vorhergehenden Bänden, dominiert auch im letzten der planerische Ansatz. Stand im zweiten Band die Entwicklung des Hobrecht-Plans, der zusammen mit der unzulänglichen Bauordnung von 1853 als Grundbedingungen für die Entstehung der Berliner Mietskaserne anzusehen ist, im Vordergrund, so wurden dem dritten Band die verschiedenen Planungskonzepte für den Aufbau der stark beschädigten Stadt zugrunde gelegt.

Der dritte Band ist in sechs Kapitel untergliedert. Nach einer einleitenden Fotodokumentation über »Die veränderte Stadt« folgt ein Kapitel über das Ende des alten Berlins, in welchem rückgreifend auch die Planungen zur Neugestaltung der nationalsozialistischen Reichshauptstadt miteinbezogen wurden. Eingeleitet wird der Hauptteil des Bandes durch eine dokumentarische Rekonstruktion der Ausstellung »Berlin plant/Erster Bericht« aus dem Jahre 1946. Anschließend werden die konkurrierenden Planungskonzepte für den Aufbau dieser Stadt behandelt. Wegen der transparenten Darstellung der anfänglich unkoordiniert tätigen Planungsgruppen und ihrer ausgearbeiteten Planungsansätze, ist diesem Teil des Buches ein besonderer Wert beizumessen. Diese divergierende Modelle konnten nur kurzfristig angeglichen werden, da sich relativ früh unterschiedliche organisatorische und politische Wirklichkeiten abzeichneten, die zur vorübergehenden Teilung der Stadt führten. Beachtenswert ist, daß die Autoren die Teilung der Stadt nicht in ihrer Behandlung des Mietshauses fortsetzten, sondern weiterhin ihren Blick auf die Gesamtstadt rich-